

Neues Wettrüsten in Europa?

Das US-Raketenabwehrsystem in Tschechien und Polen

Thomas Roithner¹

Zu den heißen Sommertagen kommen für die AktivistInnen der Initiative „Ne zákadnám“² – zu deutsch: „Nein zur Radarbasis“ – noch hitzige Diskussionen in Prag und der ganzen Tschechischen Republik. Am Hradschin steht man wie in Warschau offiziell hinter den Plänen der USA, in Tschechien eine Radarbasis und in Polen 10 Abwehrraketen aufzustellen. Ein Anliegen der Initiative ist es, die breite Mehrheit der SkeptikerInnen nicht durch das massive mediale Werben ans Regierungslager der RadarbefürworterInnen zu verlieren. Während die einen die Bedrohung aus den so genannten „Schurkenstaaten“ dramatisieren, erkennen andere bereits heute einen „neuen Kalten Krieg“. Auf der Suche nach Pfaden zwischen diesen Positionen und Auswegen drängen sich eine Reihe von Fragen auf.

1. Wo liegen die Ursachen für den Streit?

Die US-Administration ortet konkrete Bedrohungen durch Raketen aus dem Iran und Nordkorea. Die Bedrohung aus dem Iran existiert derzeit nicht, insbesondere entsprechend bestückte Langstreckenraketen. Eine Prognose ist auch schwer möglich, aber die USA gehen von der Entwicklung von iranischen Trägersystemen etwa bis 2015 aus. Genauso unmöglich erscheint eine realistische Prognose, ob ein derartiges Raketenabwehrsystem trotz großer Investitionen – seit den 1980ern wurden über 100 Mrd. US\$ ausgegeben³ – überhaupt funktioniert.⁴ Unterschiedlichste ExpertInnen – darunter der US-Waffeninspektor Scott Ritter – meinen, dass dieses System als Schutz gegen den Iran „absurd“⁵ sei.

2. Was bezwecken die USA?

Den USA geht es neben der nationalen Sicherheit im Wesentlichen um zwei Aspekte:

Die USA versuchen erneut die Spaltung Europas und die Verhinderung einer autonom agierenden ESVP, da die 27 EU-Staaten in ihrer Gesamtheit hier nicht einig sind. Die diesbezügliche Politik der USA hat schon beinahe „Tradition“. Hierzu zählt die versuchte Einflussnahme über die Türkei in die EU-Sicherheitspolitik, die Teilung des Kontinents in ein „altes“ und „neues“ Europa im Zuge des Irak-Krieges oder die Schaffung der NATO Response Force (NRF) als Konkurrenz zu den EU-„battle groups“. Bei diesem Raketenabwehrprogramm geht es auch um nicht weniger als die Hegemonie um die Bewaffnung des Weltraumes. Mit Galileo – als möglicher Konkurrent zum US-amerikanischen GPS – versucht die EU ein System zu schaffen, welches die zivile und militärische Nutzung des Weltraums möglich macht.

Der zweite Punkt ist der Einfluss in der geostrategisch wichtigen Region der Golfstaaten und Zentralasiens. In der Region liegen nach Schätzungen rund 70 % der gesamten Öl- und Gasreserven der Welt. Es geht den USA um die Eindämmung der durch die Energiefrage erstarkten Russischen Föderation.⁶ Dass die USA ein derartiges System auch im Kaukasus in Diskussion bringen, beruhigt Russland

¹ Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Österreichischen Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung, Burg Schlaining, Büro Wien.

² Vgl. <http://www.nezakladnam.cz/>.

³ Vgl. Kötter Wolfgang: Bushs Raketenschirm: löchrig, teuer und gefährlich, in: Neues Deutschland, 20.2.2006.

⁴ Vgl. Nassauer Otfried: Das Raketenabwehrbündnis, in: TAZ, 27.3.2007.

⁵ Ritter Scott: „Eine neue Generation russischer Atomraketen würde Europa bedrohen“, in: www.derstandard.at, 23.4.2007.

⁶ Vgl. u.a. Hartmann Jens: Rice in Moskau: „Kein neuer Kalter Krieg“, in: Die Presse, 15.5.2007, Seite 5.

besonders.⁷ Der „Kollateralnutzen“ ist auch ein Signal an die Adresse des strategischen und wirtschaftlichen Konkurrenten China.

Vielerorts wird kritisiert, dass die USA und die NATO mit einem derartigen System ihre Truppen überall dort schützen können, wo man diese einsetzt (Unverwundbarkeit im Gefechtsfeld).⁸ Über die Truppenpräsenz der USA in Zentralasien und den Staaten der ehemaligen Sowjetunion hat Russland mehrmals seinen Unmut ausgedrückt und dies findet auch in der arabischen Welt wenig Anklang. Gepaart ist diese Entwicklung mit der Schaffung von US-„mini nukes“ (Nuklearwaffen, die auch im Gefechtsfeld einsetzbar sind). Dass kein anderer Akteur über derartige Waffen verfügt macht diese wegen ihrem Eskalationspotenzial noch gefährlicher.

Die Nationale Sicherheitsdoktrin der USA führt aus: „Wir sind uns durchaus bewusst, dass möglicherweise Großmachtrivalitäten alten Musters wieder aufleben“. Durch die US-Streitkräfte soll potenziellen Gegnern die „Hoffnung auf Überlegenheit oder Gleichstellung im Hinblick auf die Macht der Vereinigten Staaten“ genommen werden.⁹ In eine ähnliche Richtung geht die offizielle Nuclear Posture Review (NPR) der USA. Man betont, dass „die USA für den Fall sich erheblich verschlechternder russisch-amerikanischer Beziehungen möglicherweise schnell in der Lage sein müssen, ihre atomare Truppenstärke und Zusammensetzung zu verändern“.¹⁰

Die Terroranschläge des 11.9.2001 haben die Absurdität des US-Raketenabwehrprogramms (NMD, National Missile Defence) vor Augen geführt. Mit ihrer gegenwärtigen Militär- und Außenpolitik wird sich die US-Administration nie vollständig schützen können.

3. Warum ist der Widerstand Russlands so vehement?

Die USA und die NATO haben im Zuge der ersten NATO-Erweiterung 1999 (Ungarn, Tschechien und Polen) zugesagt, strategische bedeutende Waffensysteme und Massenvernichtungswaffen nicht in Osteuropa und den „neuen“ NATO-Staaten zu stationieren.¹¹ Der Ärger von Wladimir Putin speist sich auch aus einer Reihe von Entwicklungen seit Ende der 1990er Jahre, wie beispielsweise dem völkerrechtswidrigen Kosovo-Krieg 1999, der Kündigung des ABM-Vertrages durch die USA, dem westlichen Einfluss auf die Ressourcen in Zentralasien und die Stationierung von US-Truppen in eben jenen Staaten, der bis dato laufende Irak-Krieg, die Unterstützung pro-westlicher Regierungen in der Ukraine und in Georgien oder die laufenden Kosovo-Verhandlungen um die Unabhängigkeit. Moskau hält mit der Kritik an manchen westlichen Staaten auch zunehmend weniger hinter dem Berg.

Über die Radar- und Raketen-Technik werden sich die USA auch durch Kooperationen – ob nun NATO, EU oder Russland – mit niemandem ernsthaft austauschen.¹² Neben der Unverwundbarkeit der USA befürchtet man in Moskau allfällige Spionage in Strategie und Technik der Militär- und Verteidigungskapazitäten.¹³

⁷ Vgl. Mitsch Thomas, Wagner Jürgen: Erstschatz und Raketenabwehr: Die nukleare Dimension des Neuen Kalten Krieges und die Rolle der NATO, IMI-Analyse Nr. 019/2007, 4.5.2007, Seite 4.

⁸ Vgl. Moniac 2007, a.a.O., Seite 35.

⁹ National Security Strategy, <http://www.whitehouse.gov/nsc/nss.html>.

¹⁰ Nuclear Posture Review, Page 17, <http://www.globalsecurity.org/wmd/library/policy/dod/npr.htm>.

¹¹ Vgl. Nassauer Otfried: Schutzschild soll US-Dominanz sichern. Washingtons Raketenabwehrprojekt kann die NATO spalten, Interview von Joachim Zießler, in: Landeszeitung, 23.3.2007, www.bits.de.

¹² Vgl. Wagrowska Maria: Polnische Militärexpertin: „Totale US-Entscheidungshoheit“ im Interview mit Gabriele Lesser, 1.3.2007; vgl. dazu gegenteilig: Moniac Rüdiger: Die neue US-Raketenabwehr, in: Europäische Sicherheit Nr. 4/2007, Seite 36.

¹³ Vgl. Kirchengast Josef: Geopolitischer Klimawandel, in: Der Standard, 12./13.5.2007, Seite 4.

Wie bei der einseitig erklärten Kündigung des ABM-Vertrages (Vertrag zur Begrenzung von Raketenabwehrsystemen aus dem Jahre 1972) durch die US-Administration im Jahr 2001 geht es auch hier um die Schaffung einer globalen Erstschlagsfähigkeit und das Abfangen von allfälligen Gegenangriffen. Dies sorgt in Russland – ob es nun mittelbar oder unmittelbar betroffen ist – für Unsicherheit und Verärgerung, was mit der Drohung der In-Visier-Name Tschechiens und Polens durch russische Raketen bereits ausgedrückt wurde.¹⁴ Beim geplanten System von Raketen und Radar ist eine Trennung in Defensiv- und Offensivsysteme nicht möglich.

Die Folge könnte eine weitere Erschütterung des Abrüstungs- und Rüstungskontrollregimes sein. Der KSE-Vertrag wurde Mitte Juli 2007 von Seiten der Russischen Föderation ausgesetzt¹⁵, die NATO hatte den Vertrag nicht einmal ratifiziert. Der INF-Vertrag (Intermediate Range Nuclear Forces)¹⁶ – er sieht ein Produktionsverbot und die Zerstörung von Raketen kürzerer und mittlerer Reichweite von 500 bis 5500 Kilometer vor – könnte zur Disposition stehen. Eine Rüstungsspirale mit Europa im Zentrum wird damit wahrscheinlicher. Die gegenwärtige US-Führung wird sich mit einer selbstbewussteren Haltung Russlands in der Weltpolitik – und die Energiefrage ist dabei in den letzten Jahren immer wichtiger geworden – nicht abfinden.

4. Warum ist die EU schon wieder nicht einig?

„Wenn die Europäer bei diesem Projekt mitmachen, haben sie es nicht besser verdient“¹⁷, meint der US-Waffeninspektor Scott Ritter.

Die EU ist – wie in vielen Fragen der gemeinsamen Außenpolitik – uneinig. Erst jüngst hat Angela Merkel eine Einigung der Staats- und Regierungschefs zur militärischen Beistandsverpflichtung, militärischen Auslandseinsätzen, einem militärischen Kerneuropa, „battle groups“, einer Aufrüstungsverpflichtung, einer EU-Rüstungsindustrie u.a. in Form einer Neuauflage der „Verfassung“ herbeigeführt. Das Problem ist die Einigkeit in Militärfragen und die Uneinigkeit in Außenpolitikfragen. Die Atlantiker innerhalb der EU – vor allem Großbritannien, Dänemark oder Polen – setzen auf die USA und verhindern einen Gleichklang mit dem deutsch-französischen Motor der EU. Die USA nützen diese Verschiedenheiten nicht nur aus, sondern fördern diese eifrig.

Klar ist, dass die USA für ihre globale Politik starke Verbündete brauchen. Eine sicherheitspolitisch auf eigene Interessen und Rechnung autonom arbeitende EU ist nicht im Interesse der USA. Der Kauf von US-Rüstungsgütern, die Bereitstellung von Truppen für Auslandseinsätze im US-Interesse und ein finanzielles Engagement in Krisengebieten ist den USA willkommen. Die EU muss ihren Sicherheitsbegriff und ihre Sicherheitspolitik in Abgrenzung zu jener der USA definieren oder muss eine gemeinsame Sicherheitspolitik der 27 Mitglieder grundsätzlich überdenken. Die Kopie der US-Doktrin in Fragen von Bedrohung und Rüstung – wie dies die EU-Sicherheitsstrategie macht – führt in die Sackgasse und ist nicht friedensfähig.¹⁸

¹⁴ Vgl. Der Standard: Putin droht mit Vergeltung für US-Raketenabwehr. „Müssten neue Ziele in Europa ins Visier nehmen“, 5.6.2007, Seite 1.

¹⁵ Vgl. u.a. Der Standard: NATO: Russland macht „Schritt in die falsche Richtung“, Seite 1, zu den Hintergründen vgl. Nassauer Otfried: Putin und die konventionelle Rüstungskontrolle. Was hinter der angekündigten KSE-Aussetzung steckt, in: NDR-Info, 5.5.2007, www.bits.de.

¹⁶ Vgl. <http://www.fas.org/nuke/control/inf/index.html>.

¹⁷ Ritter 2007, a.a.O.

¹⁸ Vgl. ÖSFK (Hrsg.): „Die Wiedergeburt Europas“. Von den Geburtswehen eines emanzipierten Europas und seinen Beziehungen zur „einsamen Supermacht“, Münster 2005.

Erreichen wir Sicherheit mit anderen Akteuren in Kooperation oder gegen andere durch Konfrontation?

5. Haltung der NATO und wer bestimmt ihre Politik?

Die NATO hat Mitte April 2007 verkündet, dass das US-Raketenabwehrprogramm „is clear, practical and agreed by all“. ¹⁹ Eine Einigung innerhalb der NATO gibt es auch zur Entwicklung eines taktischen Raketenabwehrsystems, welches Truppen im Auslandseinsatz im Feld schützen soll. Weiterführende Entscheidungen wurden in der NATO bislang verfragt.

Bei diesem Raketenabwehrsystem geht es aber auch um die Frage des zukünftigen Charakters der NATO: ²⁰ Hat die NATO eine ausschließlich US-geprägte Doktrin, der die Verbündeten folgen müssen? Was tun die Europäer gegen die Tendenz zu ad-hoc-Bündnissen der USA ohne die NATO? Und in letzter Konsequenz ist auch die Frage nach der nuklearen Teilhabe durch die europäischen Verbündeten zu stellen. Ein Bündnis NATO zur Sicherung der globalen Dominanz der USA ist den Europäern angesichts der Definition eigener sicherheitspolitischer Interessen und Kapazitäten nicht mehr länger zu verkaufen. Es stellt sich für die EU-Staaten zunehmend die Frage, ob angesichts der offen imperialen Politik der US-Administration sich eine sicherheitspolitisch enge transatlantische Klammer noch immer positiv für Frieden und die eigene Stabilität auswirkt.

6. Handlungsperspektive Abrüstung

Das System birgt die Gefahr einer Rüstungsspirale und ist daher kein bilaterales Thema der involvierten Regierungen. Das Dach für die Lösung von globalen Sicherheitsfragen sind die Vereinten Nationen. Leider steckt der Abrüstungsprozess im Rahmen der „Conference on Disarmament“ (CD) in Genf fest ²¹ und die USA betrachten die UNO als Selbstbedienungsladen.

An dieser Stelle sei eine Lanze für die UNO gebrochen. Die seit vielen Jahren geschaffenen Instrumente der Rüstungskontrolle und Abrüstung müssen im Sinne ihrer Erfindung – nämlich die Verhinderung eines Krieges und der Reduktion der Waffenarsenale – wiederbelebt bzw. zum Teil neu formuliert und verhandelt werden. Eine ganze Reihe von Rüstungskontroll- und Abrüstungsverträgen wurden beendet, sind nie in Kraft getreten oder seit geraumer Zeit in Diskussion geraten. Die Mehrheit der Staatengemeinschaft und vor allem die Bevölkerungen sind von der Wichtigkeit der Abrüstung überzeugt – allerdings finden die wenigsten Staaten hier auch deutliche und vor allem hörbare Worte. Nichtregierungsorganisationen kommt daher eine besondere Rolle zu.

7. Handlungsperspektive Energie

Kriege und Konflikte um Energie und Ressourcen werden die Weltpolitik künftig in einem noch höheren Ausmaß beschäftigen. Diese Konflikte werden in Zukunft auch im Kleide der Sicherung von Menschenrechten, von Abrüstungskriegen, der Stationierung von Militär im Sinne der „good governance“ oder vielleicht auch im Gewand der „responsibility to protect“ auf uns zukommen.

Die Frage der so genannten „zivilen“ Nutzung der Atomkraft wird nie ganz von der militärischen Komponente trennbar sein. Und die Abhängigkeit vom Öl (und diese ist

¹⁹ NATO: NATO agrees on missile defence way forward, 14 June 2007, <http://www.nato.int/docu/update/2007/06-june/e0614a.html>.

²⁰ Vgl. Nassauer Otfried: Die Raketenabwehr und die NATO, in: Friedensjournal Nr. 2/2007, www.bits.de.

²¹ Vgl. Petritsch Wolfgang: Friedensprojekt Europa und globale Abrüstung. Überlegungen zur neuen Militarisierung der internationalen Politik, in: Europäische Rundschau Nr. 33/2005, Seite 9 – 17.

in den USA und der EU stark ansteigend) wird immer mehr mit der militärischen Sicherung der fossilen Energieträger verbunden sein.²² Mit dem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, wenn der deutsche Energiestaatssekretär Joachim Wuermeling meint: „Im globalen Kampf um Energiequellen muss die EU härtere Bandagen anlegen.“²³

Schritte zur Schaffung einer klimaverträglichen Energiepolitik abseits der fossilen Energieträger können ein zukunftsfähiges Instrument sein, um Konfliktpotenzial aus der Region der Golfstaaten und Zentralasiens herauszunehmen.

²² Vgl. European Defence Agency (2006): An initial long-term Vision for European Defence Capability and Capacity Needs, October 3rd 2006, point 11.

²³ Zitiert nach: <http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Presse/pressemitteilungen,did=158972,render=renderPrint.html>, September 2006.